

reich.
ung.
september.
ir von der
auch bei uns
Dinge hier
ort hat die
g Abnommen
Eintritt
bleibt uns
nten und
eten sehen.
fähigkeiten,
doppelt an
of der Ge
mlage, den
Regierung
ei der Wahl
st erwogen.
m Kabinett
ung mit den
Regierung
er vertreten
en. Zugleich
en Abigen
Die Abi-
giltige
nerfalls die
ernen Ber-
ne neue Mi-
vorzuziehen
(11, einen
en in ihrem
ilker ver-
Opposition.
Sie müß-
nicht eing
ählenmäßige
erwarten
geht top-
das um
fragen der
schafft, aus
auch werden
es bedeutet.
in durchaus
an, daß wie
Der aber die
el der Kabi-
sche, die der
is - dieser
ionen gefest-
igten Be-
der Deut-
Kron-
merhalb der
er eingetret
Es klingt
das wir erst
erlebte sind,
enden Be-
den Refor-
bisher. Im
an, das um
Wille zum
des Territor-
udwig.

Wolffsche

Verlag



1704

Zeitung

Königlich privilegierte Berliner Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Die „Wolffsche Zeitung“ erscheint täglich zweimal (morgens und abends), an Sonn- und Festtagen nur einmal. Illustrierte Beilage „Zeitspiegel“, jeden Donnerstag und Sonntag. Sonstige Beilagen und Rubriken: Finanz- und Handelsblatt, Grundstücks-, Hypotheken- und Geldverkehr. Für Reise und Wanderung, Literarische Umschau, Wissenschaftliche Sonntags-Beilage.

Bezug: In Groß-Berlin monatlich M. 2.70 bei tägl. dreimaliger Zustellung. Durch die Post monatlich M. 2.50 oder vierteljährlich M. 7.50 ohne Bestellgebühr. Anzeigen: 80 Pf. die Zeile, Stellengesuche 50 Pf. Fernerungszuschlag 30%. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in eine bestimmte Nummer. Annahme im Ullsteinhaus, Berlin SW 68, Kochstr. 22-26, und in allen Geschäftsstellen des Verlages.

Im Verlage von Ullstein & Co. Verantwortl. für die Redaktion (mit Ausnahme des Handelsbteils): H. Bachmann in Berlin

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech-Zentrale: Ullstein & Co. Moritzplatz 11 800, 11 801, 11 802 bis 11 850, sowie 15 280, 15 281, 15 282 bis 15 291.

46 000 Tonnen versenkt.

Ein französischer Hilfskreuzer torpediert.

Berlin, 1. September.

Infero und die verbandeten Unterseeboote im Mittelmeer haben ungeschädigt verfrachtet feindlicher Gegenwirkung sieben zwölf Dampfer, vierzehn größere und zehn kleinere Segler mit einem Gesamtumfang von rund 46 000 Tonnen versenkt.

Darunter befanden sich die bewaffneten englischen Dampfer „Blaniffen“ (3837 T.), „Planibus“ (4187 T.) mit Pferdekanonen für die Gironde-Armee, „Ancomore“ (3060 T.), „Goodwood“ (3086 T.), der japanische Dampfer „Sandal Maru“ (3227 T.) und der griechische Dampfer „Gefirio“ (3029 T.), letzterer mit 4115 Tonnen Erz von Lams nach England.

Von elf versenkten italienischen Seglern waren vier mit Phosphat nach Italien beladen.

Am 22. August wurde der schnelle französische Hilfskreuzer „Solo 2.“ mit 200 Mann des französischen Kreuzer-Geschwaders und serbischen Offizieren an Bord fiktivlich versenkt. Vier serbische Obersten, darunter ein Divisionskommandeur, wurden gefangen eingebracht.

Der Chef des Admiralstabes der Marine.

Norwegen und Amerika.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt aus autoritativer Quelle wird mitgeteilt, daß die Regierung des „Walt“, nach dem Sieg Norwegen dem amerikanischen Verlangen, die Ausfuhr nach Deutschland zu sperren, unterworfen habe, jeder Begründung entbehrt.

Ruch Sibirien verlangt Autonomie.

Drahtmeldungen der „Wolffschen Zeitung“.

* Genf, 1. September.

Der „Walt“ meldet aus Tomsk: Der Kongreß der Sibirischen Provinzialparlamente fordert für Sibirien die autonome Bundesverfassung mit gesetzgebender und vollziehender richterlicher Gewalt.

* Zürich, 1. September.

Die „Neue Zürcher Zeitung“ meldet indirekt aus Helsingfors: In der ganzen Stadt herrscht Anarchie. Eine Menge Läden sind geschlossen, weil die Besizer Plünderungen befürchten. Es sind neuerdings große Truppenmassen mit Artillerie von Petersburg in Finnland eingetroffen, um jede Tätigkeit des Kongresses zu verhindern. Die Sozialisten erklären, daß die ganze Arbeiterschaft gegen die Eingriffe mobilisiert und der Gewalt mit Gewalt begegnen werden.

Der „Corriere della Sera“ meldet aus Petersburg: In Helsingfors sind mehr als 500 politische Verhaftungen auf Befehl Kerenski erfolgt. Unter den Verhafteten befinden sich der erste und der zweite Präsident des aufgelösten Landtages.

Die englischen Gewerkchafften und der Konferenzgedanke.

Drahtmeldung.

London, 1. September.

„Daily Telegraph“ berichtet aus Bradford, daß es dem parlamentarischen Ausschuss des Gewerkschaftsverbandes gelungen ist, eine Einigung über die Stockholmer Zusammenkunft zu erzielen, die wahrscheinlich die allgemeine Zustimmung des nächsten Woche tagende Gewerkschaftskongresses finden wird. Die auf der Londoner Zusammenkunft mit ihren Meinungsverschiedenheiten über die Kriegspolitik und die Friedensverhandlungen gemachten Erfahrungen haben selbst die eingetragenen Anhänger der internationalen sozialistischen Bewegung davon überzeugt, daß in diesem Augenblick eine Zusammenkunft wie die Stockholmer (die ja schon in einigen Tagen beginnen soll) zum Misslingen verurteilt ist. Der parlamentarische Ausschuss glaubt deshalb, daß die Stockholmer Zusammenkunft keinen Erfolg haben würde, und empfiehlt, zuerst eine allgemeine Uebereinstimmung zwischen den Arbeitern der alliierten Länder zustande zu bringen. Der parlamentarische Ausschuss ist der Ansicht, daß eine internationale Sozialisten- und Arbeiterzusammenkunft sehr nützlich und eine notwendige Voraussetzung für einen Abschluß eines dauerhaften demokratischen Friedens wäre. Keine Regierung hat der Kommission zufolge das Recht, die Meinungsäußerung der arbeitenden Klassen ihres Landes zu verhindern, und die Kommission betrachtet das Verhalten der Regierung

in dieser Angelegenheit als eine ungerechtfertigte Einmischung. Die englischen Arbeiter haben so unglückliche Opfer gebracht, daß sie das Recht darauf haben, ihren Einfluß auf Zukunftsbestimmungen des Friedens geltend zu machen. Die Kommission schlägt vor, daß der Kongreß nachdrücklich gegen das Auftreten der Regierung, die die Ausfolgung der Bässe verweigert, Einspruch erheben und verlangen soll, daß im Falle, daß eine internationale Zusammenkunft auf der vorgeschriebenen Grundlage stattfinden sollte, den Abgeordneten der verschiedenen Länder keine Hindernisse in den Weg gelegt werden dürfen.

Fortschritte zwischen Putna und Sufita.

Meldung des Wolffschen Telegraphen-Büros.

Im Osten brachten sowohl an der Dina wie am Stockholmer deutsche Patrouillenverhöre Gefangene und Waffengeheire aus den Gräben zurück. Zwischen Putna und Sufita ist der Angriff der Verbündeten im Fortschreiten, das Dorf Barnita ist durchgefallen.

Die im Vergleiche fähigste der Sufita seit dem 28. August gemachte Beute beläuft sich auf 17 Offiziere, 1434 Mann, 6 Geschütze, 5 Proben, 54 Maschinengewehre, 7 Minenwerfer, 4 Feldküchen, 5 Waggons und viel Kriegsmaterial.

Die deutsch-bulgarischen Stützpunktunternehmen nördlich Maglens baryen bei sehr geringen eigenen Verlusten einen Offizier, 60 Mann und 6 Maschinengewehre als Beute ein. In Gegend Telen war das Artillerieregiment stark.

In Negebonien sind nach den verlässlichen englischen und serbischen Angaben der letzten Tage nennliche auch Italiener und Franzosen ins Gefecht getreten. Die Italiener wurden um 10 Uhr vormittags bei Perolous im Gegensatz geworfen und ihnen 30 Gefangene abgenommen. Die Franzosen besaßen die westliche Seite der Barbar den Versuch, übergehend in die bulgarischen Gräben einzudringen, mit schweren Verlusten. Am Nachmittag griffen die Serben wiederum am Dobropolja mehrmals vergeblich an.

Der deutsche Abendbericht.

Tägliches Meldungen.

Berlin, 1. September, abends.

Im Westen bei Regentetter nichts Besonderes. Am Osten an mehreren Stellen der Dinafront, bei Smorgon und Bazanowitschi lebhaftes Gefechtsaktivität.

Der Kampf um den Gabriel-Berg.

Amlich wird verlaufbar:

Wien, 1. September.

Deftlicher Kriegsschauplatz.

Nordwestlich von Sorcain entziffen deutsche Truppen dem Feinde abermals eine neue veritable Stößenstellung. Bei Sufitayn und Tarnopol wurden russische Jagdkommandos abgewiesen.

Stallenischer Kriegsschauplatz.

Gestern vormittag kam es am Sponjo zu heftigen Kämpfen. Am Nachmittag kamte zwischen Tolmein und der Wipach die Schlacht an zahlreichen Stellen aufs neue aus. Wühlich von Kal, bei Raboni und bei Weitz wurden heftige italienische Angriffe abgelehnt. Wie an den vorangehenden Tagen war der Monte San Gabriele abermals der Schauplatz erbitterten Ringens. Von Norden und Westen her drangen die an Zahl weit überlegenen Angreifer auf unsere tapfere Besatzung ein. Auf dem Nordostflügel des Berges lag das Schweregeschütz der Kampfes. Unsere über alles Lob erhabene Infanterie lag, wiederholt zum Gegenstoß übergehend, alle Anstrengungen auf. Bei Ötz und im Wipach ließ der Feind heftigen Artilleriebeschüssen mehrere Einzelstücke folgen, die alle glatt abgewiesen wurden. Deftlich von Ötz, ein italienisches Oberstfeld nehmen, drang unsere Schweregruppe von 6 italienische Offiziere, 140 Mann und 4 Maschinengewehre ein. Triest war wieder das Angriffsziel italienischer Flieger. Das kaiserliche Palais wurde beschossen.

Der Chef des Generalstabes.

Der militärische Mitarbeiter der „Neuer Nachrichten“ schreibt über die alte Sponjo-Schlacht: „Wohl noch nie hat ein Heer auf dem gleichen Schlachtfeld so teures Besetzt bezahlt wie das italienische. Ueber die Fortschritte auf der Ostflanke von Wainitsja fehlen bestimmte Angaben. Ueber die italienischen Erfolge dürfte Ötz und auf dem Raft sind die Meldungen Codornas so allgemein gehalten, daß es den Eindruck erweckt, als wären hier die italienischen Angriffe trotz des gewaltigen Artilleriebesatzes im wesentlichen gescheitert.“

Russische Fremdvölker und deutsche Politik.

Von

Max Cohen-Reuß,

Mitglied des Reichstags.

Der Austritt des polnischen Staatsrats und die Erklärungen der Regierungskommissare der beiden Okkupationsmächte schieben die östlichen Fragen wieder einmal in den politischen Vordergrund. Und die gerade veröffentlichte Antwort Amerikas an den Papst, auf deren Fassung man in London gewiß nicht ohne Einfluß war, zeigt wiederum, von welcher grundlegenden Bedeutung das deutsch-russische Verhältnis sein könnte, wenn eine entschlossene und klare deutsche Politik underrt die Konsequenzen dieses Vertrages zöge. Allen Meinungsäußerungen angehörslicher Staatsmänner gegenüber, sie mögen lauten, wie sie wollen, ist stets die eine Tatsache entgegenzufallen, daß der Friede des Ausgleichs und der Befriedigung bis zur Stunde nur in zweien der am Kriege beteiligten Länder ein starkes Echo gefunden hat: in Rußland und in Deutschland. In Rußland haben wir die Proklamation der ersten provisorischen Regierung für den Frieden ohne Annexionen und Kontributionen vom April dieses Jahres. Diese besteht nach wie vor zu Recht, und sowohl der Arbeiter- und Soldatenrat wie auch der gegenwärtige Ministerpräsident Kerenski haben sich wiederholt zu ihr bekannt. In Deutschland ist es die Resolution der Reichstagsmehrheit vom 19. Juli dieses Jahres, die den gleichen Zweck verfolgt, und beide Kundgebungen zeigen deutlich, daß Deutschland und Rußland denselben Weg zur Beendigung des grauenhaftesten Krieges gehen wollen.

Diese Tatsachen muß man sich immer wieder vor Augen halten. Und zwar im Zusammenhang mit der Gesamtspolitik und den durch diesen Krieg aufgeworfenen Fragen überhaupt. Wenn man das tief und vor allem daran denkt, daß alles, was jetzt politisch geschieht, keine Politik für heute oder morgen sein darf, sondern den Boden vorbereiten soll, der die politische und wirtschaftliche Zukunft Deutschlands zu tragen hat, wird man gar nicht umhin können, die Augen nach Osten zu richten. Allerdings in anderem Sinne als es lehtig vielfach geschieht ist.

Das politische Aufwachen der Fremdvölker des russischen Reiches hat einige Politiker bei uns auf den Gedanken gebracht, diese Bewegung zugunsten Deutschlands auszunutzen. Sie tun das auf etwas merkwürdige Weise. Sie begriffen nämlich die Möglichkeit einer Losrennung recht zahlreicher Fremdvölker vom jetzigen Rußland, weil dieses dadurch geschwächt, Deutschlands Stellung aber gestärkt werde. Indem man das in Rußland zweifellos vorhandene Problem der Fremdvölker in dieser Weise auszunutzen versucht, lehrt man zu der etwas abgedrahten Methode der Pufferstaaten zurück. Eine nicht gerade neue Idee, deren Zusammenhang eigentlich offenbar sein sollte, wie am Beispiel Belgiens vornehmlich zu erkennen ist.

Eingeleitet wurden diese Versuche durch die Proklamation der beiden Zentralmächte vom 5. November 1916, die für Polen Unabhängigkeit und Selbständigkeit versprach. Die Erfahrungen haben gezeigt, daß diese Novemberpolitik nicht gut war. Der als Stille gedachte polnische Pufferstaat ist gelinde ausgediebt, eine schwere Last schon heute gemordet. Das haben in Deutschland inzwischen auch antirussisch orientierte Kreise eingesehen; die kirchlich veröffentlichten Darlegungen von Professor Schiemann in der „Deutschen Politik“ sind ein bezeichnendes Beispiel dafür. Der durch den polnischen Pufferstaat zu erlangende Schutz gegen Rußland soll nun, wenn es nach dem Willen dieser Politiker geht, noch durch einen Pufferstaat gegen Polen geschützt werden. Dazu soll die selbständige Ukraine dienen. Es versteht sich von selbst, daß auch Litauen, Finnland usw. in die Reihe dieser Pufferhöpungen gehören, die den Schutz Deutschlands gegen Rußland darzustellen haben.

Man muß sich darüber klar sein, daß eine solche Politik von Rußland als eine direkt feindselige empfunden werden wird. Zwar ist nicht anzunehmen, daß sie in Deutschland an maßgebenden und einflussreichen Kreisen unterstützt wird. Denn gar zu vielen Völkern in Deutschland haben die Tatsachen dieses Krieges gezeigt, daß das zukünftige Verhältnis zwischen Deutschland und Rußland das Grundproblem unserer eigenen und auch der russischen Zukunft ist, und daß das Verhältnis dieser beiden Staaten im Interesse beider Länder ein freundschaftliches werden muß. Am Deutschland nach diesem gemäßigten Kriege vor wiederkehrenden Ausdehnungsdrängen